

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 18.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetrag. in die Postzeitungsliste Nr. 6432. Geschäftsverträge pro halbjährige Beile oder deren Raum 25, für Jahrl. 15 Pf. Off. Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, den 4. Mai 1907.

Verlag: A. Pohrberg, Hannover, Mühlstr. 5.  
Verantwortlicher Redakteur:  
G. Schreiber, Hannover, Mühlstr. 5, III.  
Fernsprech-Anschluß 3002.  
Druck von E. H. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

## Zur Beachtung!

Seite ist der 18. Wochenbeitrag fällig.

## Streiks oder Aussperrungen

bestehen in Detmold, Wunstede, Ludwigsborn, Reichen, Delmenhorst, Verla, Freudenbrunn, Stadtdorf und Zerpfl.

In Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Berlin, Hamburg, Lauenburg und Dresden.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

## Profit und Arbeit in der chemischen Industrie.

Unter diesem Titel ist von unserem Verband eine Broschüre herausgegeben, die in 8 Abschnitten wertvolles Material bringt über die Entwicklung der chemischen Industrie und die Gesundheit der Arbeiter, wie auch über die Gesundheits-schädlichkeit der Arbeit in dieser Industrie, die Löhne und Arbeitszeit der Arbeiter und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation für die letzteren. Verfasser der Broschüre ist Dr. M. Quard. (Einen Abschnitt des Buches bringen wir an anderer Stelle. Dieses Heftes zum Ausdruck.)

Für die Bevollmächtigten liegt dieser Nummer der Zeitung ein die Verbreitung der oben erwähnten Broschüre betreffendes Zirkular bei.

Der Vorstand.

## Aus dem Reichstage.

Nachdem bei dem Staatsrat-Nachmittag des Innern die deutsche Sozialpolitik am Pranger der Kritik gestanden, erfolgte ihre Ablösung durch die Justiz bei der Beratung des Reichsjustizamts. War das Merkmal der Kritik bei der Sozialreform, daß zu wenig geschehen, so kann man dagegen der Dame Justitia das Kompliment nicht versagen, daß sie sich der kämpfenden Arbeiter allzufern verhalten hat, worüber diese aber gar nicht erfreut sind. Der politische und gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter gibt sowohl der Polizei als auch der Justiz Veranlassung zum Eingreifen. Die Arbeiter haben bei diesem Eingreifen das Empfinden, daß sie nicht mit dem gleichen Maße gemessen werden, wie die Angehörigen anderer Gesellschaftsklassen; der Grundsatz: Gleiches Recht für alle scheint bei den Arbeitern nicht bedingungslos zur Anwendung zu kommen. Von einem preussischen Justizminister wurde einmal der Satz ausgesprochen: „Wenn zwei dasfelbe tun, so ist es nicht dasfelbe.“ Es hätte aber dieses Anspruchs nicht erst bedurft, um in den Arbeitern die Ueberzeugung reifen zu lassen, daß sie in einer ganz anderen Rechtslage sich befinden, als die Angehörigen der besitzenden Klassen. Diese können kraft ihres Geldbeutels, mögen sie nun Ankläger oder Beklagte sein, alle Rechtswittel, insonderheit die der Verteidigung, für sich in Anwendung bringen.

Die Verteidigung des Rechtes ist im Rahmen des Kapitalismus eben auch etwas geworden, das im wesentlichen nur gegen bares Geld zu haben ist. Im Nachteil bleibt immer der, welcher über einen Vorrat an irdischen Mamon über die Lebensbedürfnisse hinaus nicht verfügt. Diese Seite der Frage nahm bei den Erörterungen im Reichstage den geringeren Raum ein. Im Vordergrund standen dann der sozialdemokratischen Kritik alle jene Erscheinungen im Rechtsleben, für welche die Arbeiter den Sammelnamen Klassenjustiz erfunden haben. Diese Erscheinungen gefallt den Juristen der freien Arbeiterbewegung ganz und gar nicht. Sie möchten zu gerne die Vorstellung erhalten wissen, die Justitia wolle blind ihres Amtes, ohne Ansehen der Person. Am Ministerium und im konservativen Lager erblickt man in dieser Beziehung eine Herabsetzung des Richterstandes und der Rechtspflege. Den Arbeitern liegt beides gleich fern. Es fällt niemandem ein, den Richtern den Vorwurf zu machen, daß sie das Recht der Angehörigen einer Klasse zugunsten des Rechtes der Angehörigen einer anderen Klasse mit Absicht und Bewußtsein beugen. Die Ursachen des ungleichen Rechtes liegen auf andern Gebieten.

Wir leben in einer Zeit der Klassentrennung und Klassen-scheidung. Neben der besitzenden Klasse ist die Klasse der Nichtbesitzenden. Das Unrecht, das die letztere erduldet, ist mannigfach, die Quelle des Unrechtes ist das kapitalistische Wirtschaftssystem. Gegen solche Auswüchse richtet sich der Kampf der Arbeiter, mit Kampfmitteln, die sich durchaus auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung bewegen, sich aus deren Gesetzbüchern ergeben. Koalition und Arbeitseinstellung sind nach bürgerlichen Rechtsbegriffen durchaus den Arbeitern erlaubte Kampfmittel. Trotz alledem haben sich die Strafen ins unendliche gemehrt, die verhängt worden, weil die Arbeiter diese Mittel zur An-

wendung brachten. Die Arbeitseinstellung ist gestattet, folglich auch die Ueberwachung, daß ein Streik seinen Zweck erfüllt und zugunsten der Arbeiter zur Durchführung gebracht werden kann. Aber nach Tausenden zählen wohl die Maßnahmen, die behördlicherseits ergriffen worden sind, um eine richtige Ausübung des Streikrechtes mittels Ueberwachung der bestreikten Betriebe durch Streikposten unmöglich zu machen. Die Polizei verbietet das Streikpostenstehen, weil dadurch die öffentliche Ordnung gestört würde. Es hagelte Strafmandate gegen die Streikposten. Die Arbeiter suchten eine Verteidigung ihres Rechtes, auf Streikposten zu stehen, durch die Anrufung der Gerichte. Nicht alle Gerichte kamen zu einer glatten Verurteilung der mit Strafmandaten bedachten Arbeiter. Manche Gerichte prüften, ob die Anordnungen der Polizei sachlich begründet waren. Das preussische Kammergericht hat nun durch Erkenntnis den Gerichten ein Recht der Nachprüfung abverlangt. Im verfloffenen Jahre haben zwei preussische Gerichte den Paragrafen vom groben Unfug gegen Streikposten in Anwendung gebracht. Das sind einige von den Beeinträchtigungen des Streikrechtes. Das Streiken ist ein gesetzlich garantiertes Kampfmittel, aber wenn die Arbeiter dem Unternehmer die Mitteilung zugehen lassen, sie wollten den Streik in Anwendung bringen, wenn er gestellte Forderungen nicht bewillige, dann werden die Arbeiter wegen Erpressung bestraft.

Die Vereinigung der Arbeiter zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen ist stehendes Recht. Im Verfolg dieses Rechtes muß es den Arbeitern auch unbenommen sein, bislang an der Organisation unbeteiligter Mitarbeiter zum Beitritt aufzufordern. Aber es sind ob solcher Auforderungen Bestrafungen wegen Erpressung erfolgt, weil in der Heranziehung solcher bislang unbeteiligter Personen zur Beitragsleistung die Erreichung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils erhellt worden. Diese Beispiele preussischer Justiz mögen zunächst genügen.

Nun haben die Unternehmer in ihrem Kampf gegen die Arbeiter die gleichen Mittel in Anwendung gebracht. Sie haben den Unternehmerverbänden fernstehende Personen zum Beitritt veranlaßt, ihnen selbstverständlich auch die Pflicht der Beitragsleistung auferlegt. Bei Streiks und Aussperrungen haben die Leitungen der Unternehmerverbände an Arbeiter die Mitteilung gelangen lassen, daß weitere Arbeiter ausgesperrt würden, wenn streikende Arbeiter bis zu einem gewissen Termin die Arbeit nicht aufnehmen. Weder in dem einen noch in den anderen Fällen ist bislang eine Bestrafung der Unternehmer erfolgt.

Warum nun dieses zweierlei Maß in der Rechtsprechung? Die Richter sind aufgewachsen in den Anschauungen der besitzenden Klassen, sind Angehörige der besitzenden Klassen. In den Kämpfen der Arbeiter, so berechtigt diese sind, erblicken sie Verstöße gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Diese zu schützen, erachten sie als ihre Pflicht. Den Anschauungen, Lebensgewohnheiten und Lebensbedingungen der Arbeiter stehen sie meist weltfremd gegenüber. Daher die Urteile, die von den Arbeitern als Klassenurteile empfunden und bezeugt werden.

Erzählt aller Entrüstung über die sozialdemokratische Kritik mußte der Staatssekretär Niederding einräumen:

„daß die Rechtsprechung des Reichsgerichts auf dem Gebiete der Erpressung und des Koalitionsrechtes in der letzten Zeit zu manchen Ergebnissen geführt hat, die in ihren Konsequenzen berechtigten Zweifel erwecken können.“

Wenn die Erkenntnis wirklich der erste Schritt zur Besserung ist, dann können die deutschen Arbeiter wohl erwarten, daß auf dem beregten Gebiete nun bald eine Besserung eintritt.

Es gelangte eine Anzahl von Resolutionen zur Abstimmung. Es wurden angenommen: Resolutionen auf Abänderung des § 883 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Haftung des Tierhalters); auf Vorlegung eines Automobil-Haftpflichtgesetzes; auf Sicherung der Bauhandwerkerforderungen; auf Beseitigung des Zeugniszwanges der Presse; auf Sicherstellung der Unverletzlichkeit aller Abgeordneten gegen die Zeugenvernehmung in Angelegenheiten der Dinge, welche ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete bekannt geworden; auf Gewährung von Diäten an Schöffen und Geschworene.

## Unsere Lohnbewegungen im Jahre 1906.

I.

Die modernen Gewerkschaften sind Streikvereine, sie wollen nicht die Lage der Arbeiter bessern, sondern nur den Boden für den Zukunftsstreit ebnen, sie lassen die friedliche Erledigung der Arbeitsverhältnisse, denn ihre Kämpfe drehen sich nicht um Lohnfragen, sondern um Machtfragen.“ Das ist so ungefähr die Melodie, die täglich im scharfmacherischen Blätterwalde gelungen wird, wobei natürlich der Text hier

und da einige Aenderung erfährt. Auch die Gewerkschafts- presse christlicher und Hirsch-Dunderscher Richtung, die mangels jeder prinzipiellen Grundlage zwischen bewusstem Arbeiter- verrat und lahmmer Bekämpfung des Unschwertums hin- und hertaumelt, heult eifrig mit, wodurch es wüste Konzert natürlich nicht besser wird. Den Kapellmeister in diesem Höllekonzert macht der Reichslängerenverband, und er spielt seine schmutzige Rolle mit ebensoviel Unverfrorenheit wie Un- wahrheit und Unehrlichkeit.

Ganz besonders beliebt ist die Methode, die durch Streiks errungenen Lohnerhöhungen wegzulügen, indem alles Mögliche und Unmögliches gegen die errungenen Vorteile auf- gerechnet wird. Ganz abgesehen von der blöden Konfusion und der geradezu bedauerlichen Unwissenheit, die sich in diesen Berechnungen in der Regel offenbart, ist es für jeden vernünftig denkenden Menschen klar, daß die Erfolge der Streiks auf keinen Fall der einzige Maßstab für das Ein- wirken der gewerkschaftlichen Organisationen auf die Lohner- hältnisse der Arbeiter sein können. Zum Erfolg läßt es der Unternehmer nur dann kommen, wenn er sich als der Stärkere fühlt, während er in all den Fällen, wo er die Stellung der Arbeiter als die günstigere erkennt, zum Friedensschluß bzw. zur Vermeidung eines Streiks bereit ist. Über Kosten der Streiks müssen also, wenn die Berechnung überhaupt Sinn haben soll, auch alle auf dem Wege friedlicher Ver- handlung erzielten Verbesserungen gegenübergestellt werden; aber auch dann stimmt die Rechnung noch nicht ganz, weil fast alle sogenannten „freiwilligen“ Lohnzulagen in letzter Linie auf die Furcht vor der Organisation zurückzuführen sind und zahllose Lohnreduzierungen nur aus eben dieser Furcht unterbleiben. Inwieweit durch letztere Maßnahmen bzw. Unterlassungen die Lage der Arbeiter gebessert wird, läßt sich aber zahlenmäßig nie feststellen, insofern muß die faulste Scharfmacherrechnung selbst dann ein Loch behalten, wenn sie mit mehr Ehrlichkeit und weniger Unkenntnis zu- sammengestellt wird.

Wir gewinnen aber schon äußerst lehrreiche Zahlen, wenn wir die Erfolge zusammenstellen, die wir errungen haben, ohne zum äußersten Mittel, zum Streik, greifen zu müssen. Mit recht viel Dummheit oder Böswilligkeit kann man allerdings aus eben diesen Zahlen den Beweis herleiten, daß der Streik ein überflüssiges Kampfmittel sei, da ja die Unternehmer in den meisten Fällen ohne Streik bewilligen. Es gehört aber nicht sonderlich viel Grütze dazu, um zu be- greifen, daß es den Unternehmern gar nicht einfiel, diese Zugeständnisse zu machen, wenn sie nicht wüßten, daß eine kampfbereite und kampfergründete Arbeiterschaft hinter den ein- gereichsten Forderungen steht. Diese Tatsache wird auch da- durch nicht aus der Welt geschafft, daß die Scharfmacher, und nicht nur diese, das Gegenteil behaupten.

Indem wir nachstehend die Erfolge unseres Verbandes im verfloffenen Jahre unseren Mitgliedern unterbreiten, be- merken wir noch, daß die Zusammenstellung nicht vollständig ist, weil immer noch eine Anzahl Ortsverwaltungen es für unrichtig erachten, über Lohnbewegungen ohne Streik an den Hauptvorstand zu berichten. Wir hoffen aber, daß das in Zukunft besser wird.

Insgesamt fanden im verfloffenen Jahre Lohnbewegungen, die ohne Streik zu Ende geführt wurden statt in 102 Orten für 356 Betriebe mit insgesamt 55 693 Be- schäftigten.

Beteiligt an den Bewegungen waren 32 742 Ar- beiter und Arbeiterinnen, von denen 21 398 gewerkschaftlich organisiert waren. 11 344 Beteiligte, gleich ca. 35 Prozent, waren unorganisiert und ließen andere für sich die Kaffianen aus dem Feuer holen.

Erreicht wurde für 5162 Beteiligte Verkürzung der Arbeitszeit um insgesamt 22 116 Stunden pro Woche oder ca. 4/4 Stunden für jeden Beteiligten durchschnittlich.

Lohnerhöhung für 29 972 Beteiligte zusammen 55 831 Mk. pro Woche oder durchschnittlich 1,80 Mk. für jeden Beteiligten.

Rechnen wir das Jahr zu 50 Arbeitswochen, so ergibt das eine Gesamtarbeitszeitverkürzung im Jahre von 50 X 22 116 = 1 105 800, in Worten: eine Million ein- hundert fünfzigtausend und acht hundert Stunden.

Die Gesamtlohnerhöhung beträgt nach derselben Be- rechnung 50 X 55 831 = 2 791 550, in Worten: zwei Millionen sieben hundert einundneunzig- tausend fünfhundert und fünfzig Mark.

Es erreichten Lohnerhöhung pro Woche:

— 50—1 Mk. 1—2 Mk. 2—3 Mk. 3—4 Mk. über 4 Mk.  
5798 19 687 3980 467 40

Zusammen 29 912 Beteiligte.

Es erreichten Arbeitszeitverkürzung pro Woche:

bis 1 Std. 1—2 Std. 2—3 Std. 3—4 Std. 4—6 Std. über 6 Std.  
896 67 2191 50 1619 339

Zusammen 5162 Beteiligte.

Ein korporativer Arbeitsvertrag (Lohnvertrag) wurde in 45 Fällen für 83 Betriebe vereinbart. Die abgeschlossenen Verträge regeln das Arbeitsverhältnis für 6596 Arbeiter und Arbeiterinnen, von denen 1614, gleich ca. 25 Prozent, der Organisation nicht angehören, also den traurigen Mut bejahen, dem Verbanne selbst dann noch fernzubleiben, als die Zugehörigkeit nicht nur keine Gefahr mehr bot, sondern ihnen erst einen Einfluß auf ihre eigenen Arbeitsbedingungen ermöglichte.

Die Gesamtkosten dieser Lohnbewegungen betrugen 1203 Mark, sind also verschwindend gering. Die Verhandlungen, die zur Beilegung der Differenzen führten, wurden 148 mal von den Arbeitern und 22 mal von den Unternehmern beantragt. In 62 Fällen wurde mit den Vertretern der Organisation verhandelt und 4 mal vor dem Gewerbegericht; in den übrigen Fällen verhandelten die Parteien direkt.

Zu erwähnen ist noch, daß außer der schon angeführten Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung noch eine Reihe anderer Vorteile erreicht wurden. So erhielten 9553 Beteiligte einen Lohnaufschlag für Ueberstunden und 7902 Beteiligte einen solchen für Sonntags- oder Nachtarbeit.

In der nächsten Nummer werden wir eine Zusammenstellung der Erfolge nach Gauen wie auch nach Industriezweigen bringen, um unseren Mitgliedern eine bessere Uebersicht zu ermöglichen.

## Zweifelsfragen aus dem Gebiet der Arbeiterversicherung.

### Krankenversicherung.

5. Ist eine Röntgenphotographie erforderlich, um die Diagnose festzustellen, dann gehört dieselbe zur ärztlichen Behandlung und ist von der Krankenkasse zu bezahlen.
6. Wird ein Mitglied im Wege der Armenpflege im Krankenhaus gepflegt, dann haben dessen Angehörige Anspruch auf die Hälfte des statutarischen Krankengeldes.
7. Als erwerbsunfähig krank im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes gilt auch der kranke Arbeiter, der die Arbeit einstellt, weil er sie nur unter einer nicht ganz erheblichen Verschlimmerung der Krankheit nicht fortzusetzen vermag.
8. Gewerblichkeitssekretäre sind nicht krankengeldanspruchsberechtigt.
9. Wird ein Kassenmitglied, das Angehörige hat, deren Unterhalt es bisher aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, in einem Krankenhaus untergebracht, so ist neben der freien Kur und Verpflegung die Hälfte des Krankengeldes für die Dauer der Kur zu zahlen. Die Zahlung kann auch unmittelbar an die Angehörigen erfolgen.
10. Ob der Versicherte während der Erkrankung seinen Lohn bezieht oder nicht, ist für den Anspruch auf Krankengeld gleichgültig.
11. Der Krankenunterstützungsanspruch verjährt in zwei Jahren vom Tage der Entstehung ab.
12. Ordnungsstrafen an Kassenmitglieder wegen Uebertretung der Krankenversicherungsverordnungen verjähren erst in 30 Jahren.
13. Ordnungsstrafen gegen Familienangehörige von Kassenmitgliedern sind unzulässig.
14. Sterbegeld für ein Kind ist doppelt zu zahlen, wenn beide Eltern der Kasse angehören und durch ihre Mitgliedschaft Anspruch darauf haben. Es kann aber durch Statut bestimmt werden, daß das Sterbegeld nur einmal gezahlt wird.
15. Gegen Ordnungsstrafen, welche Kassen wegen Uebertretung festsetzen, kann das Mitglied binnen zwei Wochen nach Eröffnung derselben Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde erheben. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, die Strafe herabzusetzen oder ganz aufzuheben.
16. Die Kassen sind berechtigt, die von ihnen verhängten Ordnungsstrafen mit Krankengeld auszugleichen.

## Aus den Ziegeleien.

Wohl in keinem Gewerbe tritt die Ausbeutung der Arbeiterkraft so hartnäckig, wie in den Ziegeleien. Frauen- und Kinderarbeit, lange Arbeitszeit, niedriger Lohn, schwere aufreibende Arbeit, ungesunde Wohn- und Schlafstätten, rigorose Arbeitsverträge, mangelhafte, ungesunde sanitäre Einrichtungen, alle diese Merkmale kapitalistischer Ausbeutung finden sich in den Ziegeleien in Höhe und Maße. Die Gesetzmäßigkeiten der Frauen- und Kinderarbeit, die man durch die gesetzlichen Bestimmungen vom 16. November 1903 erlangen wollte, sind eingetroffen, sondern hat sich teilweise sogar noch verschlimmert. Die Ziegeleibesitzer nehmen bei der Anwerbung der Arbeiterinnen keine Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen, besonders dann nicht, wenn es sich um eine Vermählung des Bräutigams handelt. Frauen und Kinder bilden immer noch die billige und zuverlässige Arbeitskraft, die kein Unternehmer missen will. Die Ziegeleibesitzer wissen denn auch die bestehenden Bestimmungen gar nicht zu beachten, wobei ihnen die Abwesenheit der Betriebe nicht geringe Strafen kostet. Ein anderes Mittel, sich der Ausbeutung

der Frauen und Kinder zu sichern, ohne mit dem Gesetz zu kollidieren, besteht darin, daß die Ziegeleibesitzer die Verantwortlichkeit für Unterhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch Verträge auf die wirtschaftlich abhängigen Ziegeleibesitzer abwälzen. Mit besondrer Vorliebe geschieht das bei Weibern, die Ausländer sind, welche dann vor Bewußtsein des Strafverfahrens in ihre Heimat zurückkehren und sich so der Bestrafung entziehen. Daraus erklärt sich auch die geringe Zahl der Verstrafungen gegenüber den gesetzlichen Uebertretungen. Die Hälfte der Uebertretungen betrifft die Einhaltung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen im Jahre 1904/1905. Von 2041 Fällen, wovon nur 541 Fällen Verstrafung eintrat, während die übrigen 1500 Fälle ungeklärt blieben. Diese Zahlen bilden doch gewiß für die Ziegeleibesitzer eher eine Empfehlung zur Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen als eine Abschreckung. Erst in letzter Zeit, nachdem die Unternehmer immer gleichgültiger, die Uebertretungen immer häufiger wurden, haben sich die Gerichte veranlaßt, die Unternehmer verantwortlich zu machen. Aber auch den Meistern ist die gesetzliche Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit bei Ausführung ihrer Lieferungsverträge sehr hinderlich, so daß auch sie in gleicher Weise wie die Unternehmer hierbei feindselig gegenüberstehen. So ist es schon öfters vorgekommen, daß die Meister die Legitimationspapiere der jugendlichen Arbeiter fälschten, um dieselben unbefristet ausbeuten zu können. Sogar ausländische Agenten, welche die Ziegeleibesitzer mit billigen Arbeiterkräften versorgen, arbeiten, wie schon festgestellt wurde, mit denselben Fälschungen; ob in ihrem eigenen Interesse oder im Auftrage der Unternehmer, konnte nicht ermittelt werden. Alle diese Vorgänge zeigen, daß die Arbeitergesetzbestimmungen nur dann Erfolg zeitigen können, wenn die Arbeiterkraft aktiv und passiv zur Mitwirkung herangezogen wird. Aktiv kann das geschehen durch Uebernahme von Gewerbeaufsichtsberechtigten aus Arbeiterkreisen, welche die Mängel und Schäden der kapitalistischen Produktionsweise am eigenen Leibe verspürt haben, und passiv, indem die Arbeiter von den Gewerbebeamten mehr zur Ausübung angegangen werden. Von den jetzigen Beamten kann letzteres jedoch nicht verlangt werden, da sie sich ja, mit nur geringer Ausnahme, das Vertrauen der Arbeiter noch nicht zu erwerben wußten. Mit dem Erstarken der Organisation unter den Ziegler wird es auch möglich sein, mehr wie bisher über die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu wachen und so der Frauen- und Kinderausbeutung entgegenzutreten. Aber auch das Bestreben der Organisation, möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzwingen, wird die Ziegler schließlich in die Lage versetzen, ihre Frauen und Kinder der Ausbeutung fernzuhalten und so die geistige und körperliche Degeneration der Ziegler verhindern.

**Bergedorf.** Im Sachfenwalde zwischen Reinbek und Wohlthor liegt idyllisch auf sächsisch-dänischem Grund das Friedrichsdorfer Land, Besitz Ludwig in Hamburg. Es arbeiten dort circa 180 Arbeiter und 30 Arbeiterinnen. Der geringste Teil der dort Beschäftigten ist organisiert, weil nur schwer an die größtenteils auf dem Lottentag logierenden, meist aus dem Osten herangezogenen Arbeiter heranzukommen ist. Aus einer geringfügigen Ursache ruhen die sonst so willigen Hände am vorletzten Montag aber plötzlich vollständig. Ein Arbeiter sollte wegen eines lächerlichen Rencontres mit einem Meister entlassen werden. Verschiedene Kollegen des Entlassenen nahmen für denselben Partei und wollten gleichfalls nicht weiter arbeiten. Als nun auch ein Meister, der nicht scheidig genug vorgegangen war, entlassen wurde, erklärten sich sofort etwa 150 Arbeiter mit diesem solidarisch, stellten die Arbeit ein und formulierten Forderungen. In kurzer Zeit ruhte die Arbeit fast auf dem ganzen Werk. Es spielten sich alsdann Kämpfe ab, die wir nicht billigen können und die bei Arbeitern, wo die Organisation fest im Fuß gefaßt hat, auch nicht vorkommen. Einem bürgerlichen Blatt gab man damit Gelegenheit, von „Revolutionsspielen“ zu reden. Man zog in geschlossener Folge vor das Kontor; auch einige Fenster-scheiben sollen dabei in die Brüche gegangen sein. Auch am Dienstag und Mittwoch ruhte die Arbeit. Inzwischen wurde von der Direktion für die schwereren Arbeiten 40 Pf. Stundenlohn und die zehnständige Arbeitszeit aufgestellt (bisher war 33 Pf. und eine zwölfstündige Arbeitszeit üblich). Am Mittwoch, den 17., fand seitens unserer Organisation eine Versammlung der Ausständigen statt und wurde auf Rat und Befehl der Revolutionskommission beschlossen, sich mit den Zugeständnissen zu geben und am Donnerstag, den 18., die Arbeit wieder aufzunehmen. In Gegenwart unserer Organisationsvertreter wurde auch noch eine Verbesserung der Schlafräume zugesichert. Die bei dem Austritt am Montag angeblich Hauptbeteiligten (ca. 16-18 Mann) erhielten ihre Entlassung. Öffentlich haben die Arbeiter aus dieser Arbeitseinstellung die Einsicht gewonnen, daß zur Führung von Lohnkämpfen eine gute Organisation notwendig ist, und nur durch diese das Erreungene hochgehalten werden kann.

**Rassel.** Die Bauzeit ist in diesem Jahre sehr gering. 18 Bauten sind nur angemeldet, kein Wunder, daß auch die Ziegeleiarbeiter darunter zu leiden haben. Wenn jetzt 1000-1200 Ziegeleiarbeiter hier ihr Brot fauchen, so sind bis jetzt kaum die Hälfte zu verzeichnen. Dazu kommt, daß die alten Leute noch nicht einmal beschäftigt, sondern frische Leute vom Wäpsele herangezogen werden. Diese Ziegeleiarbeiter sind genugsamer, wollen auch von keiner Organisation etwas wissen, und dies ist gerade den Ziegeleibesitzern recht. Um den alten Verrat von Backsteinen anzubringen, werden eigenartige Mittel angewandt. So sollten z. B. 1 575 000 Stück Kanal, Zerlemb., und Zimmermangerungssteine an das hiesige Stadtbauamt geliefert werden. John Angeste liefert ein. Der billige forderte 4 838 Mk., der Höchstfordernde 9380 Mk., sodas der Preisunterlegte 4545 Mk., also circa 100 Prozent beträgt. Wer wird unter dieser wahnwitzigen Kalkulation zu leiden haben? Wohl weiter niemand als die Ziegeleiarbeiter.

In einer öffentlichen Ziegeleiarbeiterversammlung referierte Kollege Weiß über „Die wirtschaftliche Lage der Ziegeleiarbeiter“. Leider war der Zuspruch nicht so, als erwartet wurde. An der Hand verschiedener Beispiele wurde nachgewiesen, daß die Zukunft der Ziegeleiarbeiter am liebsten Orte nicht besonders wohl sein wird. Nur durch den Zusammenschluß können alle Aufträge auf Lohnverschlechterung abgewehrt werden. Jedem einzelnen erwachse die Pflicht, seine Mitkollegen auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu machen, den Nutzen des Verbandes nachzugehen; dann verzeichnen wir nicht Zieglerelend, sondern wirtschaftlichen Wohlstand und geistige Freiheit.

**Stegny.** In der Dampfzweiglei Lindenbusch haben es die organisierten Kollegen gewagt, um eine kleine Lohnerhöhung einzukommen. Obwohl die Forderung ganz im Rahmen der Weisheit gestellt war, wurde sie von dem Ziegeleibesitzer scharf abgelehnt. Umwas zu fordern ist aber in den Augen aller Unternehmer schon ein Verbrechen, das streng bestraft werden muß. Wenn diesem Grundsatze wurden denn auch sofort 14 Kollegen entlassen. Gleichzeitig soll das aber auch ein Schlag gegen die Organisation sein; diese zu zerschlagen, ist der schändlichste Wunsch aller hiesigen Untertauschmäßiger. Hoffentlich sorgen alle hiesigen Kollegen dafür, daß dies ein Wunsch für immer bleibe.

**Stettin.** Die schlechten Arbeits- und Lohnverhältnisse auf dem Eisenwerk „Kraft“ in Fragwitz haben der dort beschäftigten Arbeitererschaft endlich die Augen geöffnet. Es wurden in allen dazu gehörigen Betrieben im Laufe der Zeit Abzüge gemacht, anstatt mit der stetig steigenden Verteuerung der Lebensmittel die Löhne aufzubessern. Aber der Krug geht so lange zum Brunnen. Es ist nicht, so auch hier. Auch das tatkräftige Eingreifen eines A. u. V. Arbeiterskollegen, welcher von der Direktion beauftragt war, während der Arbeitszeit als Apostel einer christlichen Gemeinde Agitation zu betreiben, nützte nichts, und als eines Tages der Herr Direktor erfuhr, daß die Mehrzahl der Arbeiter bereits organisiert sei, aber in dem „sozialdemokratischen“ Verband, stochte ihm der Atem und ein tiefer Seufzer entrang sich seiner Manneskraft, „dann ist es allerdinge leider zu spät“. Was zu spät sei, wurde allerdings nicht gesagt. Es wurde nun der Versuch gemacht, einzelne Kollegen abzuschleichen, aber durch die Aufmerksamkeit der Kollegen und das Eingreifen der Organisationsleitung wurde dies verhindert und man gab sich denn auch zufrieden. Die Verhältnisse aber waren derartige, daß sich die Kollegen sagten, so kann es nicht weitergehen. Es wurde der Versuch gemacht, die Löhne aufzubessern, um sie wieder auf die frühere Höhe zu bringen. Selbstverständlich sollte es auf dem Wege gütlicher Vereinbarung geschehen. Als die Wünsche der Arbeiter der Direktion schriftlich unterbreitet wurden, ist der „kleine Mann“, wie der Direktor vielfach genannt wird, mild geworden und hätte am liebsten die ganze Bande zum Teufel gejagt. Zu der Verhandlung wurde nur ein Teil der dazu berechtigten Kollegen zugelassen, aber seitens der Meister wurden welche beauftragt, daran teilzunehmen. Dieser so zusammengelegten Kommission wurde nun alles mögliche von dem Direktor aus seinem Leben erzählt. Auf die eingereichten Wünsche der Arbeiter wurde nur so viel eingegangen, als erklärt wurde, daß es „ganz unerschämte Forderungen“ seien, und es sei ihm nicht klar, wie die Arbeiter dazu kommen konnten und sich von einem Mann, wie der Beder, der nur „die Leute aufhebe“, so etwas bieten zu lassen, der auch einfach Leute zur Vertretung dieses Unsinns bestimme, die ihm gefallen. Er sei ihr Vorgesetzter, er sei ihr Offizier und sie (die Arbeiter) hätten ihm zu gehorchen, er sei hier Reichskanzler, und was er hier befehle, müsse ausgeführt werden. Er habe gedacht, jetzt in diesem Jahre, wo die Fabrik 10 Jahre bestche, zum Jubiläumstage den Arbeitern entgegen zu kommen durch ein Geschenk und Veranstaltung eines Vergnügens (Bravo! Herr Direktor), aber unter diesen Umständen wird wohl nichts daraus werden (Schade!) und dann im nächsten Mannesmonat: „Und den Witsch hier, den Brant ihr eurem Führer Beder wieder zurückgeben.“ Mit diesen Worten überreichte er dem jüngsten der anwesenden Kollegen das eingelebte Schreiben und damit waren sie entlassen. Daß eine derartige Behandlung der Betreuer, die von der gesamten Arbeitererschaft gewählt war, und eine derartige Antwort auf das in der höflichsten und anständigsten Weise abgefaßte Schreiben die helle Empörung wachrufen mußte, lag auf der Hand. Nur mit der größten Mühe gelang es, die empörten Gemüter zu beruhigen. Auf eine telephonische Anfrage seitens des Kollegen Beder bei der Direktion des Werkes wurde diesem in einem Tone, wie er vielleicht bei dem Herrn Günther (Betreuer der Direktion) gang und gäbe ist, erwidert: „Ich verbitte mir ein für allemal, daß Sie sich in die Verhältnisse unserer Arbeiter hineinmischen. Das geht Ihnen gar nichts an, stecken Sie Ihre Nase wo anders hin, hier haben Sie nichts zu suchen.“ Auf ein energisches Schreiben seitens der Organisationsleitung und einem scharfen Druck seitens der Arbeiter schloß sich denn die Direktion bemüht, zu verhandeln. Es wurden dann die Akkordlöhne um ganze 5 Prozent, mit wenigen Ausnahmen bis 10 Prozent erhöht. Auch hierbei wurde noch versucht, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Es wurde ihnen vorgerechnet, wie viel die Arbeiterkraft im Jahre an Beiträgen für die Organisation bezahlen müsse und wenn sie etwas haben wolle, dann ist es nichts. Ohne die Großen der Arbeiter auf dem Eisenwerk könne der Verband überhaupt nicht bestehen. Sie sollten sich lieber einer christlichen Organisation, die gegründet werden sollte, anschließen, dann werden in Zukunft derartige Sachen nicht mehr vorkommen. Das letztere glauben wir schon und auch die Arbeiter, aber diese werden sich sehr wohl hüten, dem hochwohlwählenden Rat zu folgen, um sich dann in Zukunft noch mehr wie bisher das

## Löhne und Arbeitszeit der chemischen Arbeiter.

Die Forderung, alle menschlichen Lebewesen der menschlichen Welt zu befreien, ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung. In der chemischen Industrie ist diese Aufgabe besonders dringlich, denn hier ist die Ausbeutung der Arbeiterkraft am stärksten. Die Löhne sind niedrig, die Arbeitszeit ist lang, die Arbeitsbedingungen sind ungesund. Die Arbeiter müssen sich gegen diese Ausbeutung wehren. Die Gewerkschaften sind die besten Helfer in dieser Sache. Sie sollten sich für die Forderung einsetzen, daß die Löhne erhöht werden und die Arbeitszeit verkürzt wird. Die Arbeiter sollten auch darauf bestehen, daß die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Nur durch den Kampf können sie diese Ziele erreichen.

Die Schrift hat dann mit dazu geschoben, die Verhältnisse in etwas zu bessern. Aus einer Reihe chemischer Fabriken vom Rheinheim besitz der badische Fabrikinspektor Wörtschhofer ungefähr um dieselbe Zeit (in seinem Buch: „Die soziale Lage der Fabrikarbeiter in Mannheim“, Karlsruhe 1891), daß die große Mehrzahl der Arbeiter Wochenlöhne von 10-24 Mk. bezog. Höher ist die Masse der chemischen Arbeiter auch heute noch nicht in ihrem Lohnbezug gestiegen. Nach mehr als zehn Jahren und den inzwischen eingetretenen Preissteigerungen! Die Arbeiter fordern mehr. Die Gewerkschaften sind die besten Helfer in dieser Sache. Sie sollten sich für die Forderung einsetzen, daß die Löhne erhöht werden und die Arbeitszeit verkürzt wird. Die Arbeiter sollten auch darauf bestehen, daß die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Nur durch den Kampf können sie diese Ziele erreichen.

heiten vorgekommen. Die Familie geriet infolgedessen sofort in tiefe Verschuldung. Das ist heute noch genau so, trotz der vielerfachunter Arbeiterversicherung, die lediglich bessere Armerfürsorge ist. Das richtige Lebensbild einer chemischen Arbeiterfamilie zeichnet der schon genannte badische Fabrikinspektor Wörtschhofer S. 275 seiner oben angeführten Schrift mit folgenden trefflichen Sätzen: „Der Vater des J. starb, als letzterer 7 Jahre alt war. Die Mutter brachte dann sich und die Kinder mit etwas Geldebau durch. Nach Verlassen der Volksschule erlernte er das Wagnerhandwerk, ging nach 21-jähriger Lehre in die Fremde, trat im Jahre 1870 seinen Militärdienst an und machte den deutsch-französischen Krieg mit, ging dann wieder in die Fremde, kehrte 1877 zurück, verheiratete sich, trat in einer großen chemischen Fabrik in Arbeit und ist jetzt fünf Jahren, vom Beginn der damals errichteten Fabrik an, in seiner jetzigen Stelle. Es sind acht Kinder im Alter von 1/2 bis 12 Jahren vorhanden. Die Frau ist kränzlich, wodurch der Haushalt Not leidet. Die Familie besitzt kein Eigentum irgend welcher Art. Die Ernährung ist dürftig. Es wird nur Sonntags ein Pfund Fleisch gegessen, außerdem hier und da kleine Mengen Butter und Käse, im übrigen Brot und Kartoffeln. Der Mann muß diese Ernährung durch etwas Käse zu den Zwischenschmecken aufbessern. Die Milch ist im Verhältnis zu der Zahl der kleineren Kinder in viel zu geringer Menge vorhanden. Die Kosten des eigentlichen Haushalts (auf dem Lande) betragen 746 Mk., es kommen daher auf den Verdiensttag eines Erworbenen durchschnittlich nur 24 Pfennig, auf jedes Kind also nur 17 Pfennig. Die Einnahmen liegen sich zusammen aus 980 Mk. Arbeitsverdienst des Mannes und 70 Mk., welche die tränkliche Frau noch erwerben muß. Es stehen also im ganzen zur Verfügung 1050 Mk. Die Gesamtausgaben berechnen sich auf 1140 Mk. und nach Abzug des Haushaltunges, sowie von 144 Mark Wohnungsmiete auf 290 Mark für eine Familie von 10 Köpfen. Das jährliche Positionen in laun begreiflicher Weise aufs Inappete bemessen sind, kann hieraus ohne Anführung derselben im einzelnen entnommen werden. Die Kinder bekommen auch den größten Teil der Kleidung geschenkt. Ob die Unzulänglichkeit der Einnahmen. . . durch zeitweise noch größere Einschränkung ausgeglichen wird, oder ob etwa. . . Schulden gemacht werden, war nicht zu ermitteln, da die laufenden Schulden ohnedem vorhanden sind.“ Diese Schilderung gehört deshalb so ausführlich hierher, weil sie nicht von einem „Feyer und Agitator“, sondern von einem großherzigen Staatsbeamten herrührt und genau zeigt, wie ein:



217 gegen 20 Stimmen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. (Der Bericht über das Organisationsverhältnis nicht vergessen. D. R.)

**Podejuch.** In der Zementfabrik Finkenwalde stellten ca. 400 Kollegen die Arbeit ein, weil ihre beschiedenen Forderungen nicht bewilligt wurden.

**Stuttgarter-Gauleiter.** In den höchsten Leer- und Abfallgeschäften herrschen noch recht traurige Verhältnisse. So wurde u. a. festgestellt, daß in dem sehr gesundheitschädlichen Beruf noch Löhne von 30 Pf. pro Stunde gezahlt und daß auch noch Prügel ausgeteilt, sowie die Arbeiter mit den allerschönsten „Rosenamen“ belegt werden. Die Wasch- und Reinigungsgelegenheit ist meist sehr primitiv, von Bedeutsamkeit nach der schmutzigen flinken Arbeit ist keine Rede. Die Art der Kündigung ist eine willkürliche; so sind Gesellschafter vorhanden, in denen der Arbeitsvertrag auf dem Jahrsatzeszeitel steht, welche letztere in zwei verschiedenen Exemplaren bestehen, d. h. mit Kündigung und sofortiger Entlassung. Es kommt also vor, daß Arbeiter heute einen Jahrsatzeszeitel mit Kündigung, das nächste Mal ohne Kündigung erhalten, und diese Zettel müssen sie unterschreiben, sonst erhalten sie kein Geld.

In einer am Freitag in Feuerbach stattgefundenen großen Versammlung wurden von den anwesenden Arbeitern sämtlicher Teerergeschäfte die Forderungen formuliert und festgelegt, die dann als Eingabe an die in Frage kommenden Unternehmer gerichtet wurden, zugleich als der Ausdruck sämtlicher Arbeiter. Daran wurde die Bitte geknüpft, der Verbandsleitung, welche mit der Führung etwaiger Verhandlungen beauftragt war, den Unternehmerbeschlüssen mitzuteilen. Die Forderungen lauteten: 1. anständiges menschenwürdiges Behandlung der Arbeiter; 2. Gelegenheit, sich nach Schluß der Arbeit waschen und reinigen zu können; 3. Bezahlung eines in allen Teerergeschäften gleichmäßigen Anfangslohnes von 4 Mk.; 4. Regelung der Auswärts- und Ueberzeitarbeit.

Gegen diese Forderungen wird kein vernünftiger Mensch eine Einwendung erheben, um so weniger, als man in Betracht ziehen muß, daß die Arbeitgeber bei Submissionen bis zu 45 Prozent sich gegenseitig unterbieten. Die Art der Beschäftigung der Teerarbeiter erscheint eine in allen Geschäften gleichmäßige Anfangsbezahlung, da in der Handhabung wie in der sonstigen Ausführung der Arbeit Unterschiede nicht bestehen. Die seitliche Behandlungsart der Teerarbeiter durch ihre Vorgesetzten und Prinzipale läßt darauf schließen, daß diese den Standpunkt „der Herren im eigenen Hause“ einnehmen und der Arbeiter doch kein muß, daß er überhaupt Beschäftigung findet. In einem an die Geschäftsstelle unseres Verbandes gerichteten Schreiben vom 11. April erklären nun die Fabrikanten J. A. Braun in Cannstatt, Richard Pfeifer, Erbe, in Firma Seeger, Wils, Volk in Feuerbach, daß sie eine Unterhandlung mit der Leitung ablehnen und den organisierten Teerarbeitern raten, diese möchten sich an die Geschäftsstelle selbst wenden, da sie bereit seien, den berechtigten Wünschen gerecht zu werden. Wie nun die berechtigten Wünsche der Arbeiter berücksichtigt werden, dafür liefert die Entlassung der Arbeiter bei Seeger und bei Braun den drücklichsten Beweis. Von einer Regelung der Verhältnisse wollen die Unternehmer überhaupt nichts wissen, sie sind nur bereit, je nach Wohlwollen einzelnen einen Pfennig aufzubessern. Für diesen Faustschlag ins Gesicht werden sich die Teerarbeiter schon selbst bedanken.

Um die Bewegung im Reine zu erhitzen, sucht man jetzt diejenigen Kollegen, die sich der Sache angenommen haben, sofort zu entlassen. Wir richten an alle Klassenbewußten Arbeiter die Bitte, die Teerarbeiter überall auf die Situation aufmerksam zu machen, damit diese nicht zum Verdauern an ihren Kollegen werden.

Ueber die Firmen Braun in Cannstatt, Seeger in Feuerbach und Wittigart ist die Sperre verhängt worden. Leider haben wir auch schon einen Verdächtigten zu verzeichnen, der den Versammlungen beiwohnt und nach Schluß derselben sofort dem Fabrikanten über die Verhandlungen in ganz falschem Sinne berichtet. Dieser Herr wurde aus der Organisation ausgeschlossen, nachdem in öffentlicher Versammlung seine Handlungsweise gebührend gebrandmarkt worden war. Die Situation ist eine ernste. Die Teerarbeiter kämpfen um ein menschenwürdiges Dasein; möge ihnen der Sieg zuteil werden.

**Auch eine Verächtigung!** Herr Karl Krazenberg in Etzleben fordert von uns, unter Verletzung auf das Freigeich, die Annahme folgender „Verächtigung“:

Es ist unweh, daß eine zwei Stunden dauernde geheime Aussprache stattgefunden hat. Es ist unweh, daß in dieser Aussprache geheimen Aussprüche Statuten für den Lokalverein ausgearbeitet worden sind. Es ist unweh, daß ich in der Versammlung am Tage nach dieser Aussprache an der Seite des Herrn Direktors erschienen bin. Es ist unweh, daß ich direkt zum Eintritt in den Lokalverein aufgefordert habe. Es ist unweh, daß ich am Sonnabend nicht auf der Arbeit erschienen bin. Es ist unweh, daß ich als Lagerhalter für das Ueberlager in Köln in Aussicht genommen bin und weiter ist unweh, daß ich zum Verdächtigten an meinen Klassengenossen geworden bin.

Hochachtungsvoll

Karl Krazenberg, Etzleben, Kl. Juni 13.

Herr Karl Krazenberg-Stade hätte besser geschwiegen, denn seine „Verächtigung“ ist einem Eingekerkerten verdammt ähnlich. Punkt 1 behauptet, daß die geheime Unterredung nicht zwei Stunden gedauert habe. Das kann ich nicht, es ist aber auch nebensächlich, ob es 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> oder eine 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden gedauert hat. Dann sollen in dieser Unterredung nicht die Statuten des gelben Vereins ausgearbeitet sein. Das ist auch gar nicht bekannt, sondern nur als Vermutung der Arbeiter hingestellt. Es wäre aber gut, wenn Herr Karl Krazenberg behauptet hätte, was er in der Unterredung verhandelt worden ist. Es ist unweh, daß er an der Seite des Direktors erschienen ist. Sollte Herr K. nicht wissen, daß das nicht möglich zu nehmen ist, sondern um die Statuten zu den Ehren des Direktors beigetragen zu haben? Sollte er nicht direkt zum Uebertritt aufgefordert haben? unabweh kann ich nicht behaupten, daß die Unterredung nicht, was er unweh. Doch ist am Sonnabend bei der Arbeit war ich die einzige unwehliche Verächtigung, denn daß er als Lagerhalter zum Lokalverein gekommen ist, ist eine Vermutung. Sollte er nicht wissen, daß er nicht zum Verdächtigten an seinen Klassengenossen geworden ist, sondern daß er als Lagerhalter zum Lokalverein gekommen ist, ist eine Vermutung. Sollte er nicht wissen, daß er nicht zum Verdächtigten an seinen Klassengenossen geworden ist, sondern daß er als Lagerhalter zum Lokalverein gekommen ist, ist eine Vermutung.

### Korrespondenzen.

**Bielefeld.** Vor zwei Jahren waren die Kollegen der Firma Bielefeld, die in der Stadt Bielefeld, der Organisation bei. Da wurde es... (Text continues with details of the Bielefeld case and organizational matters.)

der Kall-, Gemischen- und Papier-Industrie fördern helfen. Kollegen, um auch an eure Pflicht zu mahnen, die Ortsverwaltung bei der beschwerlichen Arbeit zu unterstützen, ist es notwendig, den beschränkten Raum unserer Zeitung einmal in Anspruch zu nehmen. Die elende Entlohnung der ungelerten Arbeiter und die weite räumliche Ausdehnung unseres Arbeitsfeldes machen eure Mitarbeit zur unbedingten Notwendigkeit. Darum helfe die Organisation stärken und setze der Ausbeutermillär Schranken!

Früh auf, zu reger Agitation für den Verband!

**Submissionswesen a. M.** Aus dem Königreich Anilin 1 2 3 7 5 0 7 2, 7 4 M. egl. des Vortrages 1 2 3 0 3 4 9, 7 9 M., das ist das Gewinnergebnis für das Geschäftsjahr 1906 der Badischen Anilin- und Sodaabrik. Es bedeutet ein Mehr gegen das Vorjahr von 625 853,67 M. Der Aufsichtsrat beschloß, nach Uebertrag von 4 453 000 M. auf Amortisationskonto der Generalversammlung der Aktionäre die Verteilung einer Jahresdividende von 30 Prozent (im Vorjahre 27 Prozent) in Vorschlag zu bringen. Für die Herren Aktionäre ein ganz schönes Säumchen Geld, das sie aus den Knochen ihrer Arbeiter herausgeschunden haben. Diese Herren Aktionäre sieht man im Jahre hindurch nur einmal im Betriebe, während die Arbeiter jahraus, jahrein, Tag und Nacht angewiesen sind, um die paar Groschen, die sie verdienen, ihre Haut auf den Markt zu tragen. Damit nicht genug, zu der Ausbeutung der Arbeitssklaven kommt noch die unwehliche Behandlung, die als ganz ungeheuerlich zu bezeichnen ist. In verschiedenen Abteilungen dieses Riesenbetriebes wird bei sehr langer Arbeitszeit und gesundheitschädlicher Arbeit noch ein Stundenlohn von 33 Pf. für verheiratete Arbeiter bezahlt. Die Behandlung von seiten der Aufsicht und Vorgesetzten läßt sehr viel zu wünschen übrig, dieselben kommen mit ganz sonderbaren Schikanen, fast bei jedem Vergehen wird der Arbeiter vor die Tür geleitet, es heißt: vor dem Tore ist euer Platz. Natürlich liegt diesen Herren die Organisation schwer im Magen, denn seit dem Jahre 1906, wo unsere Organisation festen Fuß gefaßt hat, ist der Lohn etwas gestiegen, aber nicht in dem Maße, daß ein Arbeiter ein anständiges Leben führen kann. So kam vor Neujahr eine Aufbesserung, mancher erhielt z. B. 1 und die anderen nur 1/2 Pf., sehr viele bekamen auch gar nichts. Dazu kam noch, daß in verschiedenen Betrieben, trotz des geringen Verdienstes, die Ueberstunden abgekauft wurden, ohne gleichzeitige Lohnerhöhung. Arbeiter, die schon längere Jahre in diesem Betriebe beschäftigt sind und in einen anderen Betrieb kommen, erhalten da nicht den bisher verdienten Lohn, sondern erhalten den Lohn als Neueintretende. In diesem Riesenbetriebe gibt es leider noch eine ganze Reihe von Arbeitern, die den Klimabereinen, hauptsächlich dem Gesangsverein der Badischen Anilin- und Sodaabrik und dem Militärverein angehören. Wer angeht das angeführte Geschäftsergebnis sich noch ins Glimpfkraut der Unternehmer nehmen läßt, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen. Arbeiter der Anilinfabrik, wacht auf!

**Arefeld.** Die vereinigten Tapetenfabriken von Hinderer u. Thomas auf Haus Schönwäcker beschäftigen circa 150 Personen. Der größte Teil sind Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Löhne werden gezahlt: für Drucker 40-50 Pf. pro Stunde, für volljährige Arbeiter 30 Pf. pro Stunde, jugendliche Arbeiter erhalten 9-12 Pf. pro Woche. Den Arbeiterinnen wird ein Lohn von 15 Pf. pro Stunde bezahlt. Mit Vorliebe sucht die Firma jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, diese sollen ihr dann zu hohen Dividenden verhelfen. Da wir nun in der Zeit der Lebensmittelverwertung stehen und es dem Arbeiter schlecht möglich ist, für 18-20 Mk. als Mensch unter Menschen leben zu können, sah auch ein Teil der Arbeiter der genannten Firma ein, daß es ohne Organisation nicht anders werden würde. Sie schlossen sich deshalb unserem Verbands an. Da nun das Ueberdichtmachen eine regelrechte Plage in den Tapetenfabriken ist und auch sonst noch Missetaten in dem Betriebe herrschen, wählte die Arbeiterklasse einen Ausschuß, der dem Fabrikherrn die Wünsche der Arbeiter unterbreiten sollte. Sie hatten sehr viel von Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gehört und dachten: die Firma wird uns erhören und unseren Wünschen in etwas Rechnung tragen. Es ist ihnen aber anders gelehrt worden; der Ausschuß hatte noch nicht ganz ausgesprochen, was die Arbeiter wollten, als auch schon ihre Papiere zerhackt lagen. Sie wurden entlassen, obwohl sie jahrelang der Firma denbeutel gefüllt hatten. Uns wirft man immer vor, wir schürten den Klassenkampf. Wer ist nun derjenige, der die Arbeiter aufregt? Schon am anderen Tag war ein Mäx im Betrieb eingeschlagen, sich als einziger ins Kontor zu begeben, nicht als Vertreter der Organisation. Aber die Arbeiter obiger Firma haben erkannt, was sie von dieser zu erwarten haben. Uns lehrt es aber auch, wie vorsichtig man vorgehen muß, besonders wo die Organisation noch jung ist. Aus menschlichem Gefühl haben wir von den Unternehmern nichts für unsere elende Lage zu erwarten. Hier kann bloß eine geschulte, kampferprobte Kollegenschaft was erreichen. Sobald die Arbeiter in der Tapeten-Industrie sich geschlossener organisieren, wird der Erfolg nicht ausbleiben, und auch die Firma Hinderer u. Thomas wird dann andere Seiten aufspannen müssen.

### Versammlungsberichte.

**Charlottenburg.** Am Sonntag, den 7. April, tagte im Volkshaus unsere Quartalsversammlung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab die Kollegen Kohl und Schwarz den Quartalsbericht. Dem Kollegen Schwarz als Kassierer wurde Decharge erteilt. Da die Versammlung mit den Vorschlägen der Kommission, Anstellung eines Kassierers, nicht einverstanden war, wurde Punkt 2 von der Tagesordnung abgesetzt und nochmals eine Kommission zur Prüfung der Bewerber ernannt. In Punkt 3 begründete Kollege Schwarz-Berlin den Antrag der Versammlung für beide Orte und erläuterte, wie eine bessere Agitation betrieben werden könne. Er führte die Versammlungen an einigen Beispielen vor Augen, daß die Kampfe mit den Unternehmern immer größer werden und deshalb eine einheitliche Organisation notwendig ist. Nach kurzer Debatte wurde die Versammlung mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Als Beisetzler wurde Kollege Kohl und als Kassierer Kollege Schwarz gewählt. Zur Maifeier machte Kollege Kohl noch darauf aufmerksam, daß auch in diesem Jahre wieder Nachmann ausgegeben werden. Auch sollten die Kollegen überall, wo es möglich ist, die Maifeier durch Arbeitsruhe begehen. Am Schluß der Versammlung ehrte dieselbe noch das Andenken des verstorbenen Kollegen Wigle in der üblichen Weise. Am Sonntag, den 14. April, fand hierauf eine außerordentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Bericht der Siebener-Kommission wecks Anstellung eines besoldeten Beamten und Wahl desselben. Vor Eintritt in die Tagesordnung hatten sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Genossen Bauer von den Plätzen erhoben. Der Kollege Brand gab nun der Versammlung einen jochlicher Bericht über die Prüfung der Bewerbungsschreiben. Von den 15 Bewerbungen stellte die Kommission 4 zur engeren Wahl. Kollege Brand ermahnte die Kollegen, sie sollten sich rechtlich überlegen, wenn sie ihre Stimme geben, denn an einem tüchtigen Beamten hänge das Wohl und Gedeihen der Organisation. Nach kurzer Debatte wurde zur Wahl getreten. Von den vorgeschlagenen Kollegen wurde Herr Brand zum Besoldeten gewählt. Mit der Aufforderung, nach wie vor zu agitieren, um die Organisation zu stärken, wurde die Versammlung geschlossen.

**Hamburg.** Die Mitgliederversammlung unserer Zählstelle fand am Freitag, den 6. April 1907, im Lokale des Herrn Lamprecht, Am Kampweg 19, statt. Gemische Klub- und Schul-Hamburg sprach über: Die Unternehmerverbände zur Bekämpfung der Arbeiterorganisationen. Redner behauptete, aus eigener Erfahrung die Kampfe der Unternehmern unter dem Schutz von Regierung und Polizei sein. Die Arbeiterorganisationen, vom Jahre 1848 bis zur Gegenwart, zu bekämpfen. Er sah daraus den Schluß, nur durch den Zusammenbruch der gesamten Arbeiterarbeit in feste Organisationen sei den Unternehmern der Unternehmerverbände ein fester Damm entgegenzusetzen und die Bewegung der Arbeiterklasse herbeizuführen. Eine Diskussion fand nicht statt. Darauf gab Kollege Seidensticker die Abrechnung vom 1. Januar. Die Zählstelle zählt für Hamburg 2266 männliche, 224 weibliche; für Umgebung 140 männliche, 20 weibliche; für Witten 41 männliche, 37 weibliche Mitglieder. Kollege Brand gab bekannt, daß die Abrechnung geprüft und in bester Ordnung ge-

funben sei und beantragt, dem Kollegen Seidensticker Entlassung zu erteilen, was einstimmig geschieht. Zum 3. Punkt, Maifeier, fordert Seidensticker auf, dafür einzutreten, da, wo es möglich ist, am 1. Mai zu feiern und für vollfähige Arbeiterruhe zu sorgen. Die Grundbedingungen sind für uns auf dem letzten Verhandlstage festgelegt worden. In Betrieben, wo die Kollegen zu zwei Dritteln organisiert sind und vier Fünftel für Arbeitsruhe am 1. Mai stimmten, hat Arbeitsruhe eingetreten. Die Unterstützung wird da, wo Aus-sperrungen erfolglos, vom zweiten Tage eintreten. Folgender Beschluß fand einstimmige Annahme: Sämtliche Kollegen und Kolleginnen, denen es möglich ist, haben den 1. Mai zu feiern. Diejenigen, denen es nicht möglich ist, haben und zwar die männlichen eine Mainmarke von 50 Pf., die weiblichen eine solche von 25 Pf. zu entnehmen. Die Beträge sollen, wie im Vorjahre, zur Unterstützung der etwa ausge-sperrten Kollegen verwendet werden. Kollege Wared wurde als Auf-schlichter gewählt.

**Seitzig.** Dienstag, den 19. April, fand im „Volkshaus“ unsere Quartalsversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden zu Ehren der verstorbenen Verbandsmitglieder von ihren Plätzen. Den Kassierenbericht vom ersten Quartal 1907 erstattete Kollege B. Uns demselben ist zu entnehmen, daß es auch in diesem Jahre wieder vorwärts geht. Neu aufgenommen wurden 319 Mitglieder. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse balancieren mit 11 086,50 Mk. Besonders hoch waren in diesem Quartal die Ausgaben für Kranke, die 2577,25 Mk. betragen, während für arbeitslose Kollegen die Summe von 1037,05 Mk. an Unterstützung zu zahlen war. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Unter gesellschaftlichem bethetete Kollege S. über den Streit bei der Firma Göbel, der dieselbe ganz besonders überrascht hat, da seit Bestehen der Firma (1859) noch keine Lohnbewegung stattgefunden hat. Die Situation für die Streikenden ist günstig, da auch die Lieben Arbeitswilligen keine Lust verspüren, für einen Stundenlohn von 28 Pf. Klausenarbeiten zu leisten. Der im vorigen Jahre gefasste Beschluß, eine Mainmarke zu führen, wurde gegen 10 Stimmen wieder aufgehoben, da der Leipziger Verbandstag die Unterstützungsfrage bezüglich der Ausgesperrten am 1. Mai geregelt hat. Zur Bewegung der Zementarbeiter wurde mitgeteilt, daß jedes Umschauen bei Leipziger Firmen verboten ist; Arbeitslose haben sich im Bureau zu melden. Die Verwaltung wurde beauftragt, die im vorigen Jahre abgebrochene Tarifbewegung der Seifenarbeiter wieder aufzunehmen. Da die Seifenfabrikanten eine Erhöhung der Seifenpreise haben eintreten lassen, ohne ihre Arbeiter zu berücksichtigen, soll mit den Unternehmern in Unterhandlung getreten werden. Einstimmig wurde beschlossen, den Kollegen Mauerer aus dem Verbands auszuschließen, da er sich grober Unregelmäßigkeiten hat zuschulden kommen lassen.

### Verbandsnachrichten.

**Dom 23. April** ab gingen bei der Hauptkass folgende Beträge ein:

- Kensfeld 468,20. Geddesheim 225,56. Hujum 169,76. Schweinitz 146,02. Naumburg a. S. 142,79. Biblis 77,52. Wies 77,18. Uetersen 70,68. Grevesmühlen 58,58. Gollnow 42,46. Herzberg 41,17. Lohrin 33,74. Genthin 32,40. Guben 20,80. Stenlow 4,80. Wuttschütz 3. Saphne 2,05. Köpenick 800.—. Stettin 800.—. Frankfurt 775.—. Spandau 709,72. Bremen 600.—. Stadtdöbner 537,18. Pflungstadt 393,57. Schifferstadt 376,18. Regensburg 195,82. Ovensfeldt 221,55. Konstanz 140,74. Rönigs-hütte 183,55. Greppin 106,74. Sebnitz 97,70. Oberöslau 99,36. Grafenhausen 32,96. Düren 14,08. Offenbach 504,22. Danzig 135,60. Widenhof 49,98. Seelze 1033,60. Fehentheim 865,64. Celle 447,53. Oberberg 435,32. Gildesheim 400.—. Minden (Hannov.) 329,86. Merseburg 227,29. Sulgau 206,10. Girichberg 75,26. Hanau 10.—. Wächitz 1,58. Traunstein 160,66. Schweigingen 180,82. Chemnitz 109.—. Schwiebus 107,50. Oranienburg 451,90. Leipzig 800.—. Wolgast 657.—. Gdartschhausen 181,80. Wobau 23,94. Goldberg 17,80. Ansdorf 7,84. Polizei-Präsidium 1.—. Waltershausen 293,40. Gellbrunn 160,18. Vietzheim 160,06. Garburg 800.—. Mainz 800.—. Dömitz 360,04. Göttingen 269,12. Rothenburg a. T. 85,10. Münden 84,86. Müssau 64,85. Belten 51,11. Rahl 45.—.

**Schlus: Montag, 29. April, mittags 12 Uhr.**

Fr. Bruns, Kassierer.

### Eingegangene Zählstellen.

- Schwerin a. d. Warthe. **Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.** Buch-Nr. 14 835, ausgestellt am 29. 5. 1904 für Ernst Zimmernann. Buch-Nr. 36 132, ausgestellt am 7. 8. 1904 für Josephine Vogel. Buch-Nr. 183 278, ausgestellt am 14. 10. 1906 für Jakob Schuch. Buch-Nr. 45 887, ausgestellt am 19. 2. 1905 für Peter Frankenbergert. Buch-Nr. 53 904, ausgestellt für Otto Guschmasch in Weihen.

### Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

- Arnstadt.** Bertold Franke, Frießhof Nr. 4. **Friedland.** E. Rogge, Pferdemarkt Nr. 73. **Soslar** (Gau 1). Albert Hufe, Wohlbenbergerstr. 20. **Krefeld.** Joh. Brendgens, Bochum 6. Krefeld, Uerdingerstr. 2. **Süßheim.** Gustav Thiele, Lindenstraße 5. **Wetzlar.** In Vertretung: Franz Köhler, Rallhardstraße 18.

### Inserate.

**Zählstelle Köln und Umgegend** sucht zum 1. Juli dieses Jahres einen **Geschäftsführer.**

Bewerber haben ohne Schilderung ihres Lebenslaufes eine schriftliche Arbeit über: „Die Aufgaben eines Geschäftsführers“ einzufenden. Derselben müssen mindestens zwei Jahre Mitglied unserer Organisation sein und sozial rednerische Fähigkeiten besitzen, daß sie selbstständig Versammlungen abhalten können. Bewerbungen sind bis zum 25. Mai mit der Aufschrift „Beamt.“ an unterzeichneten einzufenden.

W. Funk, Gauleiter, Köln, Bonnerstr. 54.

**Zählstelle Darmstadt.** Sonnabend, den 4. Mai 1907, von 6-8 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung** beim Gastwirt Fischer, Lichtbergerstraße 20. Da die Tagesordnung eine wichtige ist, wird um vollständiges Erscheinen gebeten. [1,20 A] **Die Bevollmächtigten.**

**Zählstelle Gdartschhausen.** [45 A] Unsere Maifeier findet Sonntag, 5. Mai, in Unterode statt.

**Zählstelle Neumünster.** Sonntag, den 5. Mai 1907, nachmittags 3 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung** bei Burg, Bienerstraße 7. Tagesordnung: 1. Aufnahme. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1907. 3. Quartalsbericht. 4. Sommer-Vergangen. 5. Verschiedenes. Zahlreichem Besuch dieser Versammlung sieht entgegen. [1,50 A] **Die Bevollmächtigten.**

**Zählstelle Quedlinburg.** Sonntag, den 5. Mai 1907, abends 8 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung** im „Preußischen Hof“ bei Müller. Um pünktliches Erscheinen der Kollegen wird gebeten. [1,20 A] **Die Bevollmächtigten.**